



/ Geschäftsbericht  
Badische Rechtsschutzversicherung AG  
2012

## BADISCHE RECHTSSCHUTZVERSICHERUNG AG

/ Auf einen Blick

	2012	2011	2010	2009	2008
<b>VERSICHERUNGSVERTRÄGE</b>	169.698	165.481	159.142	152.645	146.806
<b>GEBUCHTE BEITRÄGE (in Tsd. EUR)</b>					
brutto	17.875	17.411	16.389	15.597	15.069
f. e. R.	12.514	12.191	11.466	10.918	10.549
<b>GEMELDETE SCHÄDEN</b>	28.544	29.080	28.845	27.011	25.591
<b>AUFWENDUNGEN FÜR VERSICHERUNGSFÄLLE f. e. R. (in Tsd. EUR)</b>	9.550	10.646	9.899	9.572	8.271
in % der verdienten Beiträge f. e. R.	77,1	89,1	88,6	89,7	79,8
<b>AUFWENDUNGEN FÜR DEN VERSICHERUNGSBETRIEB f. e. R. (in Tsd. EUR)</b>	1.320	1.226	1.095	981	869
in % der gebuchten Beiträge f. e. R.	10,6	10,1	9,5	9,0	8,2
<b>JAHRESÜBERSCHUSS (in Tsd. EUR)</b>	641	814	895	804	579
<b>KAPITALANLAGEN (in Tsd. EUR)</b>	38.775	37.835	35.520	33.207	27.886
<b>LFD. DURCHSCHNITTSVERZINSUNG DER KAPITALANLAGEN (%)</b>	3,0	3,5	3,9	4,2	4,3
<b>VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN f. e. R. (in Tsd. EUR)</b>	30.933	28.878	27.166	25.414	23.725
<b>BILANZSUMME (in Tsd. EUR)</b>	42.436	40.579	37.883	35.001	32.261
<b>EIGENKAPITAL (in Tsd. EUR)</b>	9.403	9.062	8.548	7.550	6.746
in % der gebuchten Beiträge f. e. R.	75,1	74,3	74,6	69,2	64,0

## **LAGEBERICHT**

### **/ Allgemeine Angaben**

Kernkompetenz der Badischen Rechtsschutzversicherung AG ist Rechtsschutz und Dienstleistung „Rund ums Recht“ für Privatkunden in der Bundesrepublik Deutschland. Auf der Grundlage der „Allgemeinen Bedingungen für die Rechtsschutzversicherung (ARB)“ erstreckt sich unser Angebot auf alle dort aufgeführten Versicherungsarten.

Zweite Kernkompetenz als Spezialist für Rechtsschutz ist die Versicherung von Städten und Gemeinden, Landkreisen, Zweckverbänden und sonstigen kommunalen Einrichtungen in Baden auf der Basis der „Bedingungen für die Kommunal-Rechtsschutzversicherung für Kommunen“.

Mit der Spezial-Straf-Rechtsschutzversicherung wird unsere Angebotspalette abgerundet. Des Weiteren nutzen wir unser Know-how in der Schadenbearbeitung, indem wir auch als Schadenabwicklungsunternehmen tätig sind.

### **ALLGEMEINE ENTWICKLUNG IN DER RECHTSSCHUTZVERSICHERUNG**

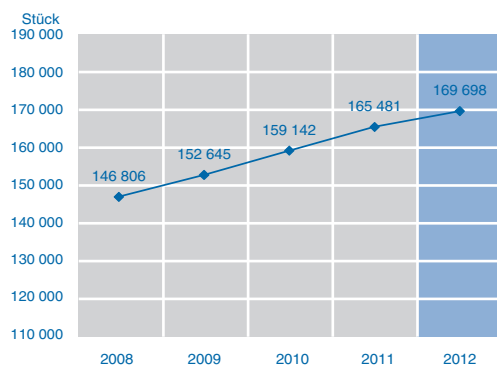
Auch im Geschäftsjahr 2012 konnte bei den Vertragsstückzahlen ein leichtes Wachstum von 0,6 % verzeichnet werden. Die Bruttobeitragseinnahmen sind um 1,4 % angestiegen.

Im Schadenbereich ist das Geschäftsjahr 2012 zufriedenstellend verlaufen. Die Anzahl der gemeldeten Schäden ist gegenüber dem Vorjahr weiter rückläufig (-1,9 %). Die Zahlungen für Versicherungsfälle sind nochmals geringfügig zurückgegangen (- 0,3 %). Auf den Arbeitsrechtsschutz entfällt mit 34,3 % nach wie vor der größte Anteil der Schadenzahlungen.

## / Bericht über den Geschäftsverlauf 2012

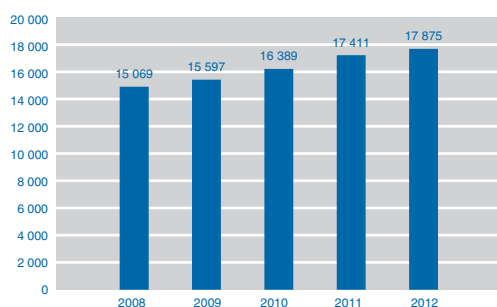
Die Badische Rechtsschutzversicherung AG konnte auch im Geschäftsjahr 2012 ihren stetigen Wachstumskurs fortsetzen und den Versicherungsbestand weiter ausbauen. Dank individueller und wettbewerbsfähiger Produkte stieg die Anzahl der mindestens einjährigen Verträge von 165.481 Stück auf 169.698 Stück an. Dies entspricht einer Zuwachsrate von 2,5 % (i. V. 4,0 %) und spiegelt auch vor schwierigen Marktgegebenheiten den Erfolg unseres Produktkonzepts wider.

### **ENTWICKLUNG DER VERTRAGSSTÜCKZAHLEN**



Die Bruttobeiträge sind im Geschäftsjahr 2012 von 17.411 Tsd. EUR um 2,7 % auf 17.875 Tsd. EUR angestiegen. Da im Berichtsjahr keine Beitragsanpassung vorgenommen wurde, war hierfür hauptsächlich der positive Verlauf des Neugeschäfts verantwortlich, das auch durch die Einführung neuer Tarife unterstützt wurde.

### **ENTWICKLUNG DER BRUTTOBEITRÄGE IN DEN LETZTEN FÜNF JAHREN IN TSD. EUR**



Die Bruttoaufwendungen für Geschäftsjahresschäden betragen im Geschäftsjahr 15.864 Tsd. EUR (i. V. 15.997 Tsd. EUR). Dank eines guten Abwicklungsergebnisses der Vorjahresschäden und eines zufriedenstellenden Verlaufs des Aufwands für Geschäftsjahresschäden ergaben die gesamten Aufwendungen für Versicherungsfälle einen Betrag von 12.987 Tsd. EUR nach 14.293 Tsd. EUR im Vorjahr.

Die Anzahl der im Geschäftsjahr 2012 gemeldeten Schäden betrug 28.544 Stück (i. V. 29.080 Stück). Abgeleitet aus den Faktoren positives Beitragswachstum und reduzierter Gesamtschadenaufwand ergab sich eine Brutto-Gesamtschadenquote in Höhe von 73,4 % (i. V. 83,7 %).

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb, die im Wesentlichen die Aufwendungen für den Vertragsabschluss und für die Verwaltungstätigkeit darstellen, erhöhten sich im Berichtszeitraum um 130 Tsd. EUR auf 2.661 Tsd. EUR (i. V. 2.531 Tsd. EUR).

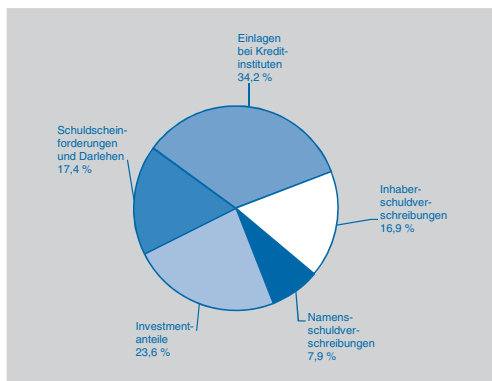
Der Nettokostensatz belief sich auf 10,6 % (i. V. 10,1 %).

Das versicherungstechnische Nettoergebnis erbrachte im Geschäftsjahr 2012 einen Gewinn in Höhe von 1.525 Tsd. EUR (i. V. 75 Tsd. EUR). Unter Berücksichtigung des Ergebnisses aus der Schwankungsrückstellung mit einer Zuführung in Höhe von 1.464 Tsd. EUR erzielten wir einen versicherungstechnischen Überschuss von 61 Tsd. EUR (i. V. 104 Tsd. EUR).

Die Netto-Combined-Ratio hat sich von 99,4 % im Vorjahr auf 87,8 % im Geschäftsjahr deutlich verbessert.

Die Kapitalanlagen sind um 940 Tsd. EUR auf 38.775 Tsd. EUR (i. V. 37.835 Tsd. EUR) angestiegen. Das Ergebnis aus Kapitalanlagen betrug 1.167 Tsd. EUR (i. V. 1.289 Tsd. EUR). Vor dem Hintergrund des niedrigen Zinsniveaus am Kapitalmarkt sind wir mit der erreichten laufenden Durchschnittsverzinsung in Höhe von 3,0 % (i. V. 3,5 %) zufrieden.

#### **ZUSAMMENSETZUNG DER KAPITALANLAGEN:**



Unter Berücksichtigung des versicherungstechnischen Ergebnisses von 61 Tsd. EUR (i. V. 104 Tsd. EUR) weisen wir ein positives Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit in Höhe von 960 Tsd. EUR (i. V. 1.141 Tsd. EUR) aus.

Nach Abzug des Steueraufwands von 319 Tsd. EUR erzielten wir einen Jahresüberschuss von 641 Tsd. EUR (i. V. 814 Tsd. EUR).

Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr in Höhe von 533 Tsd. EUR sowie der Einstellung in andere Gewinnrücklagen in Höhe von 300 Tsd. EUR belief sich der Bilanzgewinn auf 874 Tsd. EUR (i. V. 933 Tsd. EUR).

## / Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung und Ausblick

### **RISIKOBERICHT**

Unter Risikomanagement verstehen wir die Gesamtheit aller organisatorischen Regelungen und Maßnahmen zur Risiko(früh)erkennung und zum Umgang mit den Risiken, die aus unserem unternehmerischen Handeln resultieren. Risiko definieren wir als Gefahr, dass die Badische Rechtsschutzversicherung AG ihre gesetzten Ziele nicht erreichen bzw. ihre Strategien nicht erfolgreich umsetzen kann. Risikocontrolling ist Bestandteil des Risikomanagements und beinhaltet die Erfassung, Analyse, Bewertung und Kommunikation von Risiken sowie die Überwachung getroffener Maßnahmen zur Risikosteuerung.

### **ZIELE UND GRUNDSÄTZE DES RISIKOMANAGEMENTS**

Für unsere Gesellschaft ist die bewusste Steuerung und Überwachung von Risiken eine Kernaufgabe der Vorstände, aber auch die Aufgabe sämtlicher Fach- und Führungskräfte. Das Risikomanagementsystem mit seiner Frühwarnfunktion unterstützt sie dabei.

Unser Risikomanagement konzentriert sich auf solche Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden oder einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage haben können. Es entspricht den Anforderungen des KonTraG (§ 91 Abs. 2 AktG) und setzt die Mindestanforderungen an das Risikomanagement MaRisk (VA) in Verbindung mit § 64a VAG um.

Durch eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung des Risikomanagements setzen wir die externen Vorgaben um und bereiten uns gleichzeitig auf weitere Veränderungen aus dem Projekt „Solvency II“ der Europäischen Kommission vor. Um sicherzustellen, dass wir uns gezielt auf die Solvency II Anforderungen einstellen, wurde eine detaillierte Soll-/ Ist-Analyse durchgeführt, ein entsprechender Maßnahmenplan abgeleitet und ein konzernweites Projekt zur Umsetzung der zukünftigen Berichts- und Meldeanforderungen gestartet. Diese Vorgehensweise ermöglicht es uns, die Anforderungen von Solvency II in unserem Risikomanagement- und Governance-System zu berücksichtigen.

Das Verständnis von Risikomanagement geht dabei über die Erfüllung gesetzlicher Vorschriften hinaus. Unser Risikomanagement zielt darauf ab, unsere Finanzkraft zu sichern und die Entscheidungsträger bei der Unternehmenssteuerung zu unterstützen. Wir sehen Risikomanagement als elementaren Bestandteil der Unternehmenskultur und möchten durch eine effiziente Risikoorganisation sowie adäquate Risikoinstrumente und -verfahren Mehrwert schaffen. Der strategische Rahmen für unser Risikomanagement und unsere risikopolitische Ausrichtung ist in der Risikostrategie verankert. Abgeleitet aus der übergeordneten Geschäftsstrategie beschreibt sie Art und Umfang der wesentlichen Risiken im Unternehmen. Sie definiert Ziele, Maßnahmen und Instrumente für den Umgang mit eingegangenen oder zukünftigen Risiken. Grundsätzlich wird dabei eine angemessene Balance zwischen der Wahrnehmung von Geschäftschancen und dem Eingehen von Risiken angestrebt, wobei die Sicherung des Unternehmensfortbestands stets im Vordergrund steht. Bestandsgefährdende oder unkalkulierbare Risiken werden nicht eingegangen.

Ergänzend zur Risikostrategie haben wir im Risikohandbuch Leitlinien für das Risikomanagement sowie Standards für dessen organisatorische Ausgestaltung festgelegt.

## **RISIKOMANAGEMENTPROZESS UND -ORGANISATION**

Unser Risikomanagementsystem zeigt entsprechend den aktuellen Vorschriften sowohl zentrale als auch dezentrale Ausprägungen. Das dem Vorstand berichtspflichtige zentrale Risikomanagement ist für die Konzeption und die permanente Weiterentwicklung des unternehmensweiten Risikomanagementsystems sowie die bereichsübergreifende Steuerung der Risiken und Koordination des Risikomanagementprozesses zuständig.

Im Rahmen der festgelegten Risikostrategien und Leitlinien steuern die dezentralen Risikomanager der Badischen Rechtsschutzversicherung AG und die Leiter der Fachbereiche der BGV-Versicherung AG, soweit sie ausgegliederte Funktionen für uns wahrnehmen, die Risiken eigenverantwortlich. Durch die personelle und organisatorische Trennung von risikoverantwortenden und risikoüberwachenden Einheiten setzen wir das Prinzip der Funktionstrennung konsequent um. Der Risikomanagementprozess ist in den einzelnen Fachabteilungen und Funktionsbereichen als laufender Prozess angelegt. Er basiert auf der Risikostrategie und umfasst in einem iterativen Regelkreislauf die Hauptbestandteile Risikoidentifikation, Risikobewertung, Risikosteuerung, Risikoüberwachung sowie Risikoberichterstattung.

Im Rahmen der Risikoidentifikation erfassen, aktualisieren und dokumentieren wir eingegangene oder potenzielle Risiken regelmäßig. Die erkannten Risiken werden anhand von Eintrittswahrscheinlichkeiten und möglichen negativen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage hinsichtlich ihrer Wesentlichkeit beurteilt. Hierzu gehört auch die Einschätzung, ob Einzelrisiken, die isoliert betrachtet von nachrangiger Bedeutung sind, in ihrem Zusammenwirken oder durch Kumulation im Zeitverlauf wesentlichen Charakter annehmen können. Mit Hilfe regelmäßig stattfindender Befragungen sämtlicher Fachbereiche über alle vorhandenen und latenten Risiken erfolgt eine Verdichtung der Einzelrisiken zu Risikokategorien und danach zu einer Bewertung der Gesamtrisikosituation im Rahmen der internen Risikoberichterstattung.

Die Risikosteuerung und -überwachung wird mit Hilfe eines Risikotragfähigkeitskonzeptes und Limitsystems unterstützt. Limite werden für alle mit dem Standardansatz quantifizierten Risiken vergeben, deren Einhaltung sowie die ausreichende Bedeckung mit Eigenmitteln wird regelmäßig überwacht und dem Vorstand berichtet.

Die Risikoanalyse bestätigte, dass die sich für den Versicherungsbetrieb ergebenden Risiken durch das Risikomanagementsystem wirksam kontrolliert und gesteuert werden können.

Die Risikosituation der Badischen Rechtsschutzversicherung AG stellt sich zum Ende des Jahres 2012 wie folgt dar:

### **VERSICHERUNGSTECHNISCHE RISIKEN**

Die versicherungstechnischen Risiken setzen sich zusammen aus:

- dem Prämien-/Schadenrisiko, d. h. dem Risiko, dass die kalkulierten Tarife sich als unaukömmlich herausstellen könnten, wodurch der Risikoausgleich im Kollektiv scheitert. Dies wäre dann der Fall, wenn die Schadenzahlungen höher sind als ursprünglich zu erwarten war oder Irrtümer bei der Schätzung der Schadenhäufigkeit oder -höhe auftreten, ohne dass eine rechtzeitige Anpassung der Beiträge und Versicherungsbedingungen möglich ist (Zufalls-, Änderungs- und Irrtumsrisiko);

- dem Reserverisiko, d. h. dem Risiko, dass die zu leistenden Schadenzahlungen höher sein könnten als die zum Zeitpunkt der Schadenmeldung erwarteten und dafür zurückgestellten Beträge. Als Folge einer solchen Entwicklung könnten Abwicklungsverluste entstehen.

Diese Risiken wurden auch im Jahr 2012 fachgerecht bewertet und durch unterschiedliche Risikovorsorgemaßnahmen begrenzt. Unter anderem trugen bedingungsgemäße Risikobegrenzungen, Annahmerichtlinien, eine vorsichtige Tarifierungspolitik sowie angemessene Schadenrückstellungen dazu bei, diese Risiken transparent und kalkulierbar zu machen. Ein permanentes Schadencontrolling zeigt zudem frühzeitig negative Entwicklungen auf.

Durch einen Rückversicherungsvertrag mit dem Konzernunternehmen BGV-Versicherung AG wird das versicherungstechnische Risiko zusätzlich reduziert.

Die Gesamtschadenquote für eigene Rechnung veränderte sich von 89,1 % im Vorjahr auf 77,1 % im Berichtsjahr. Sie bewegte sich seit unserer Gründung zwischen 76,2 % und 102,3 %.

Hinsichtlich des Abwicklungsergebnisses für eigene Rechnung ergab sich für dieses Geschäftsjahr ein positives Ergebnis von 9,1 % im Verhältnis zu den Eingangsschadenrückstellungen. Die Abwicklungsergebnisse f. e. R. bewegten sich seit 1997 zwischen -7,2 % und 14,4 %.

#### ***RISIKEN AUS DEM AUSFALL VON FORDERUNGEN AUS DEM VERSICHERUNGSGESCHÄFT***

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2012 bestanden Forderungen an Versicherungsnehmer in Höhe von 160,0 Tsd. EUR. Im Verhältnis zu den gebuchten Brutto-Beiträgen beträgt die Außenstandsquote 0,9 % und liegt damit deutlich unter der Quote, die in der Vergangenheit in der Gesamtbranche beobachtet wurde. Begrenzt wird das Risiko durch eine regelmäßige Überwachung der Außenstände und einem systematischem Mahnverfahren.

Die durchschnittliche Ausfallquote der Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern lag im Zeitraum von 2010 bis 2012 bei ca. 0,1 %. Bei den restlichen Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen an die BGV-Versicherung AG aus dem Rückversicherungsgeschäft, die in der Zwischenzeit bereits ausgeglichen sind.

#### ***RISIKEN AUS KAPITALANLAGEN***

Die Kapitalanlagen sind mehreren Risiken ausgesetzt, auf die im Folgenden eingegangen wird.

Die entsprechenden Maßnahmen zur Risikoreduktion bestehen in der Festlegung von Anlagerichtlinien, einer Limitsystematik, der Konzentration auf bonitätsstarke Emittenten sowie einer angemessenen Mischung und Streuung der Assets gemäß aufsichtsrechtlicher Anforderungen.

#### ***MARKTPREISRISIKO***

Unter dem Marktpreisrisiko wird das Risiko einer negativen Wertveränderung einer Kapitalanlage aufgrund von Entwicklungen der zugrunde liegenden Marktrisikofaktoren wie beispielsweise Zinsen, Immobilienpreise, Aktien- und Währungskurse verstanden. Das Marktpreisrisiko setzt sich daher aus den Risikoarten Zinsänderungs-, Aktienkurs-, Fremdwährungs-, Immobilien- und Beteiligungsrisiko zusammen.



Währungsrisiken sind für uns aufgrund des geringen Anteils der Fremdwährungsanlagen am Gesamtbestand der Kapitalanlagen von untergeordneter Bedeutung.

Immobilien- und Beteiligungsrisiken bestehen keine.

Auswirkungen auf den Marktwert unserer Kapitalanlagen werden mit Hilfe regelmäßiger Szenarioanalysen und anhand unseres Limitsystems überprüft. Ein Zinsanstieg kann neben Kursverlusten auch zu Abschreibungen auf den Wertpapierbestand führen. Dieses Risiko ist bei uns begrenzt, da der größte Teil der festverzinslichen Wertpapiere aus Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen besteht und die Bilanzierung demzufolge zum Nennwert beziehungsweise zu fortgeführten Anschaffungskosten erfolgt. Ferner wird durch die generelle Buy-and-hold-Strategie eine Realisierung von Kursverlusten vermieden.

Strukturierte Zinsprodukte, Asset Backed Securities und Credit Linked Notes werden unserem Portfolio nicht beigemischt. Darüber hinaus waren im Geschäftsjahr 2012 keine Geschäfte mit derivativen Finanzinstrumenten vorhanden.

Zur Beurteilung und Überwachung der Marktrisiken führen wir für unsere Aktien und festverzinslichen Anlagen regelmäßig Simulationen durch, die uns die Wertveränderung unseres Portefeuilles in Abhängigkeit zu Marktschwankungen aufzeigen.

Der Marktwert unserer Kapitalanlagen würde sich gegenüber dem Jahresende 2012 um die nachstehend angegebenen Werte verändern, wenn sich die Preise für Aktien und die Zinsen für festverzinsliche Wertpapiere im angeführten Maß nach oben oder unten bewegten.

<b>AKTIENMARKTVERÄNDERUNG RÜCKGANG UM 10 %:</b>		<b>RENDITEVERÄNDERUNG DES RENTENMARKTES ANSTIEG UM 100 BASISPUNKTE:</b>	
Veränderung des Marktwertes der Kapitalanlagen in EUR	-268.948	Veränderung des Marktwertes der Kapitalanlagen in EUR	-791.744
<b>AKTIENMARKTVERÄNDERUNG RÜCKGANG UM 35 %:</b>		<b>RENDITEVERÄNDERUNG DES RENTENMARKTES RÜCKGANG UM 100 BASISPUNKTE:</b>	
Veränderung des Marktwertes der Kapitalanlagen in EUR	-941.318	Veränderung des Marktwertes der Kapitalanlagen in EUR	+490.850

### **BONITÄTSRISIKO**

Dieses Risiko, das auch als Kreditrisiko bezeichnet wird, bedeutet bei schlechter Bonität eines Engagements oder Schuldners (Emittenten) die Gefahr des vollständigen oder teilweisen Ausfalls von Zins und Tilgung.

Die Staatsschuldenkrise und deren mögliche Konsequenzen für das europäische Finanzsystem bestimmen weiterhin die öffentliche Diskussion in der Versicherungsbranche. Trotz staatlicher Unterstützung konnte die Staatsschuldenkrise in 2012 nicht beendet werden und droht, sich in 2013 auszuweiten. Aufgrund einer geringfügigen Investition in den sogenannten PIIGS-Ländern sind keine wesentlichen unmittelbaren Folgen für die Badische Rechtsschutzversicherung AG zu erwarten, was vor allem in der restriktiven Kapitalanlagepolitik begründet ist. Dennoch birgt die Staatsschuldenkrise schwer abschätzbare mittelbare Risiken für den Euro-Raum, sowohl bezüglich des

Euros als auch bezüglich der Bonität der Schuldner und wird deshalb im Rahmen des Risikomanagementprozesses aufmerksam beobachtet. Eine indirekte Folge der Bekämpfung der Staatsschuldenkrise stellt das niedrige Zinsniveau dar. Dies führt zu einer mittelbaren Auswirkung der Schuldenkrise auf uns in Form von niedrigeren Wiederanlagezinssätzen. Durch dieses künstlich niedrige Zinsniveau wird sich das Kapitalanlageergebnis im Vergleich zu früheren Jahren reduzieren.

Ein wesentlicher Teil der festverzinslichen Wertpapiere in unserem Bestand sind Emissionen, die von der Bundesrepublik Deutschland, Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland oder von Banken in Form von (öffentlichen) Pfandbriefen mit gutem Rating ausgegeben wurden. Diese Emissionen lauten ausschließlich auf EUR.

Anlagen bei Kreditinstituten in Form von Schuldscheindarlehen, Namensschuldverschreibungen sowie Tages- und Festgeldanlagen werden nur bei geeigneten Kreditinstituten im Rahmen der Bankenrechtskoordinierungsrichtlinie 2000/12/EG vorgenommen. Zusätzlich muss das Kreditinstitut an einem Einlagensicherungssystem mitwirken. Renten-Investitionen ohne Rating erfolgen im Rahmen speziell ausgesuchter Adressen mit guter Bonitätseinschätzung, die durch die Zugehörigkeit zum Einlagensicherungsfonds ein stark begrenztes Ausfallrisiko aufweisen und für die wir als internes Rating einen Wert zwischen A+ und BBB- festgelegt haben. Alle Emissionen werden somit mit den jeweils gültigen Ratings großer internationaler Ratingagenturen bzw. einem Äquivalent verknüpft.

Damit ergibt sich folgende prozentuale Aufteilung der Anlagen auf Marktwertbasis:

Investment-Grade (Ratingkategorien AAA – BBB-)	100,0 %
ohne Rating (non rated)	0,0 %

### **LIQUIDITÄTSRISIKO**

Als Liquiditätsrisiko wird das Risiko bezeichnet, Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt ihrer Fälligkeit mangels ausreichend vorhandener liquider Mittel nicht erfüllen zu können.

Diesem Risiko begegnen wir mittels einer Liquiditätsplanung. Für das jeweilige Geschäftsjahr wird dabei eine Prognose der Zahlungsströme auf Monatsbasis erstellt, die regelmäßig an die aktuelle Geschäftsentwicklung angepasst wird. Darüber hinaus berücksichtigt die Vermögensverwaltung generell die Marktgängigkeit einzelner Anlagen.

### **OPERATIONALE RISIKEN**

Operationale Risiken treten im Zusammenhang mit betrieblichen Systemen oder Prozessen auf, vielfach auch als betriebliche oder rechtliche Risiken (vertragliche Vereinbarungen oder rechtliche Rahmenbedingungen). Sie können durch menschliches oder technisches Versagen sowie durch externen Einfluss entstehen.

Durch ein ausgeprägtes internes Kontrollsystem, das die Arbeitsanweisungen, Plausibilitäts- und Abstimmungsprüfungen, organisatorische Trennung von Funktionen sowie umfangreiche Kontrollen beinhaltet, wird sichergestellt, dass mögliche Risiken im Rahmen der operationalen Tätigkeit unserer Funktionseinheiten vermieden bzw. auf ein akzeptables Maß reduziert werden. Die ständi-

ge Verbesserung dieser Sicherheitsmaßnahmen ist unser Ziel. Die Funktionen des IT-Sicherheitsbeauftragten, Compliancebeauftragten, Datenschutzbeauftragten, Brandschutzbeauftragten und Notfallbeauftragten stellen durch die Kontrolle und Überwachung der Einhaltung der jeweiligen Vorgaben ein wirksames Internes Kontrollsystem in diesen Bereichen sicher.

Neben der Verfeinerung der technischen Kontrollen im Schadenzahlungsbereich werden vor allem im Bereich der Informationsverarbeitung durch die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Versicherungsunternehmen kontinuierlich Anstrengungen unternommen, die Datensicherheit und Vertraulichkeit elektronisch gespeicherter und übertragener Informationen über deren gesamten Lebenszyklus weiter zu verbessern.

Rechtliche Risiken und Risiken aus Geschäftsprozessen existieren prinzipiell auch bei uns, besondere existenzgefährdende Sachverhalte haben sich nicht konkretisiert.

Von der Internen Revision werden alle Unternehmensbereiche regelmäßig dahingehend überprüft, ob sie bei der Durchführung ihrer Tätigkeiten die dafür gültigen gesetzlichen Regelungen und die bestehenden unternehmensinternen Anweisungen einhalten. Neben der laufenden Prüfung des Betriebs- und Schadenbereichs werden die Effektivität und Effizienz des Risikomanagementsystems regelmäßig überprüft. Ferner wurde der Kapitalanlagebereich einer eingehenden Prüfung entsprechend der aufsichtsrechtlichen Anforderungen unterzogen.

#### **ZUSAMMENFASSENDE DARSTELLUNG DER RISIKOLAGE**

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass auch im Geschäftsjahr 2012 keine Entwicklungen erkennbar sind, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nachhaltig negativ beeinflussen könnten.

Die Solvabilität entspricht den gesetzlichen Anforderungen. Die Solvabilitätsspanne ist in Höhe von 312,0 % mit Eigenmitteln bedeckt. Dabei wurden die Bewertungsreserven in den Kapitalanlagen nicht berücksichtigt. Dies belegt die insgesamt gute Risikosituation unserer Gesellschaft.

#### **BESONDERE EREIGNISSE**

Bis zur Erstellung des Lageberichts gab es keine besonderen Ereignisse und bis zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Geschäftsberichtes sind keine Risiken bekannt, die den Fortbestand unserer Gesellschaft gefährden.

#### **ERKLÄRUNG GEMÄSS § 312 AKTG**

Der gemäß § 312 AktG zu erstattende Abhängigkeitsbericht über die Beziehungen der Gesellschaft zu verbundenen Unternehmen ist fristgerecht vorgelegt worden; er schließt mit folgender Erklärung:

„Unsere Gesellschaft hat bei den im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften nach den Umständen, die uns zum Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse von verbundenen Unternehmen lagen nicht vor.“

## AUSBLICK UND CHANCEN

Die Aussichten bezüglich des gesamtwirtschaftlichen Umfeldes und deren Auswirkungen auf die Rechtsschutzversicherung sind nach wie vor zurückhaltend zu bewerten. Wir erwarten aber, dass das wirtschaftliche Wachstum sich in etwa auf dem Niveau des Jahres 2012 bewegen wird. Der Wettbewerb um die Versicherungsnehmer wird jedoch weiter zunehmen. Produktinhalte, Assistance-Leistungen und Prämie werden dabei im Fokus des Marktes stehen. Es ist davon auszugehen, dass zum 01.07.2013 das Kostenrechtsmodernisierungsgesetz II in Kraft treten wird, das zu einer Erhöhung der Anwalts- und Gerichtskosten führen wird und nach einer Einschätzung des GdV zu Mehrkosten für die Rechtsschutzversicherung von rund 13 % führen wird. Diesen Mehraufwand gilt es dann zu verkraften. Andererseits erwarten wir, dass sich der nicht rechtsschutzversicherte Verbraucher seines Kostenrisikos bei einem Rechtsstreit bewusst wird und es so zu einer Belebung der Nachfrage kommen wird. Die Marktdurchdringung (Anzahl der versicherten Haushalte) der Rechtsschutzversicherung könnte sich dadurch wieder etwas verbessern, zumal der Arbeitsrechtsschutz in solchen Zeiten nicht an Attraktivität verliert.

Gleichwohl wird das Kostenrechtsmodernisierungsgesetz II den Schadenverlauf der Rechtsschutzversicherer im Geschäftsjahr 2013 erheblich beeinflussen und die Verteuerung des Rechts sich fortsetzen. Schon im Geschäftsjahr 2013 ist ein deutlicher Zuwachs beim Schadenaufwand zu befürchten, den wir erst in den Folgejahren durch Beitragsanpassungen auffangen können.

Auch im Jahr 2013 konzentrieren wir uns auf das Angebot bedarfsgerechter Versicherungsprodukte und ein gutes Preis-Leistungsverhältnis, mit welchen wir uns besondere Chancen am Markt ausrechnen. Im Privatgeschäft fokussiert sich dies nicht nur auf die Deckung eines Grundbedarfs durch unser Basisprodukt „proSB“, sondern auch auf das Angebot für den gehobenen Kundenbedarf „proComfort“. Mit unserem Produkt „proSenioren“ tragen wir dem Umstand Rechnung, dass sich für unsere Versicherungsnehmer aufgrund des Austritts aus dem Arbeits- und Berufsleben eine veränderte Lebenssituation ergibt.

Im Firmen- und Gewerbegebiet konzentrieren wir uns auf kleine und mittelständische Betriebe wie z.B. das Handwerk insbesondere in der badischen Region.

Ein guter Schadenverlauf des Versicherungsvertrags wird bei unseren Produkten durch die Rückstufung des Selbstbehalts belohnt. Dies kann bereits nach drei Jahren ohne Schadenzahlung zum Wegfall des Selbstbehalts führen. Die große Nachfrage unserer Kunden nach diesem einfachen und leicht nachvollziehbaren Modell bestätigt diese Selbstbehaltvariante.

Zur Festigung und zum Ausbau unserer guten Marktposition achten wir weiter auf die Verbesserung und Automatisierung unserer Geschäftsprozesse sowohl in der Vertragsverwaltung als auch in der Schadenbearbeitung. Die Anwälte unserer Kunden können im Schadenfall mit uns über Anwaltsportale korrespondieren. Die Abwicklung ist schnell, einfach und unkompliziert und eignet sich sehr für die Standardfälle in der Rechtsschutzversicherung. Die Korrespondenz mit Anwälten über diese Portale wird zukünftig immer mehr Raum einnehmen. Insgesamt bieten wir unseren Kunden durch eine effektive und kundenfreundliche Abwicklung der Schadenfälle eine optimale Betreuung und schnelle Hilfe im Schadenfall. Damit werden wir auch in 2013 unsere Marktposition ausbauen und unseren Bekanntheitsgrad weiter erhöhen.

Als wichtiges Instrument zur Kundenbindung und zur Steigerung unserer Servicequalität setzen wir weiterhin auf zusätzliche Assistance-Leistungen wie die telefonische Rechtsberatung, bei der selbstständige und kompetente Rechtsanwälte eine fundierte Beratung und guten Rat erteilen. Unseren „proComfort“-Kunden bieten wir zusätzlich online die Möglichkeit einer schnellen schriftlichen Rechtsberatung durch Rechtsanwälte und damit eine konkrete Hilfe bei ihren rechtlichen Problemen. Neben dem klassischen forensischen Weg zur Durchsetzung ihrer Rechte bieten wir unseren Kunden auch die Möglichkeit der professionellen Konfliktlösungsunterstützung durch einen Mediator, der in geeigneten Fällen telefonisch zwischen den Konfliktparteien vermittelt. Ein neuer Weg der Streitschlichtung, den wir unterstützen und wovon wir unsere Kunden aktiv überzeugen wollen. Im Firmengeschäft setzen wir auf zusätzliche Service-Leistungen wie das Forderungsmanagement und Bonitätsauskünfte.

Wir sind überzeugt, dass wir mit unseren innovativen Produkten und Versicherungslösungen unseren Marktauftritt als günstiger, dynamischer und leistungsstarker Versicherer über alle Absatzkanäle weiter schärfen werden.

Da wir eine konservative und zurückhaltende Kapitalmarktstrategie verfolgen, gehen wir für das Geschäftsjahr 2013 von positiven Kapitalanlageergebnissen aus, auch wenn sich die Durchschnittsverzinsung nicht weiter verbessern wird. Für die Geschäftsjahre 2013 und 2014 erwarten wir positive Geschäftsergebnisse.

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Ende des Geschäftsjahres 2012 nicht eingetreten.

#### ***DANK AN MITARBEITER UND GESCHÄFTSPARTNER***

Unseren Geschäftspartnern und Kunden danken wir herzlich für das entgegengebrachte Vertrauen. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken wir sehr für ihr Engagement und die Loyalität zu unserer Gesellschaft. Sie haben erneut mit großem und überdurchschnittlichem Einsatz und guten Fachkenntnissen hervorragende Arbeit geleistet.

## JAHRESÜBERSCHUSS UND GEWINNVERWENDUNGSVORSCHLAG

	<i>EUR</i>
<i>Jahresüberschuss</i>	641.400
<i>Gewinnvortrag aus dem Vorjahr</i>	532.745
<i>Einstellung in Gewinnrücklagen</i>	300.000
<i>Bilanzgewinn</i>	874.145
<hr/>	
<i>Vorstand und Aufsichtsrat schlagen der Hauptversammlung folgende Gewinnverwendung vor:</i>	
<i>Auszuschüttender Betrag an den Aktionär</i>	100.000
<i>Zusätzliche Einstellung in Gewinnrücklagen</i>	300.000
<hr/>	
<i>Gewinnvortrag</i>	474.145



## JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2012

### / Aktiva

	2012			2011
	EUR	EUR	EUR	EUR
<b>A. KAPITALANLAGEN</b>				
<i>Sonstige Kapitalanlagen</i>				
1. <i>Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</i>		9.148.027,83		8.999.081
2. <i>Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</i>		6.562.300,00		6.040.525
3. <i>Sonstige Ausleihungen</i>				
a) <i>Namenschuldverschreibungen</i>	3.075.000,00			4.100.000
b) <i>Schuldscheinforderungen und Darlehen</i>	<u>6.750.000,00</u>	9.825.000,00		9.250.000
4. <i>Einlagen bei Kreditinstituten</i>		<u>13.240.000,00</u>		9.445.211
			38.775.327,83	37.834.817
<b>B. FORDERUNGEN</b>				
I. <i>Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:</i>				
1. <i>Versicherungsnehmer</i>	160.022,06			100.179
2. <i>Versicherungsvermittler</i>	<u>1.123,65</u>			2.044
		161.145,71		102.223
II. <i>Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft</i>		195.640,66		309.349
<i>davon Forderungen an verbundene Unternehmen:</i>				
<i>195.640,66 EUR (i. V. 309.349 EUR)</i>				
III. <i>Sonstige Forderungen</i>		618.277,95		552.596
<i>davon Forderungen an verbundene Unternehmen:</i>				
<i>3.861,07 EUR (i. V. 860 EUR)</i>				
			975.064,32	964.168
<b>C. SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE</b>				
I. <i>Sachanlagen und Vorräte</i>		2.900,00		3.288
II. <i>Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand</i>		<u>1.262.432,72</u>		385.926
			1.265.332,72	389.214
<b>D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN</b>				
<i>Abgegrenzte Zinsen und Mieten</i>			486.120,50	549.481
<b>E. AKTIVE LATENTE STEUERN</b>			934.150,73	841.071
		<b>SUMME DER AKTIVA</b>	<b><u>42.435.996,10</u></b>	<b><u>40.578.751</u></b>



# JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2012

## / Passiva

	EUR	2012 EUR	EUR	2011 EUR
<b>A. EIGENKAPITAL</b>				
I. Eingefordertes Kapital				
Gezeichnetes Kapital		3.500.000,00		3.500.000
II. Kapitalrücklage		430.492,34		430.492
davon Rücklage gemäß § 5 Abs. 5 Nr. 3 VAG: 225.975,59 EUR (i. V. 225.976 EUR)				
III. Gewinnrücklagen				
1. gesetzliche Rücklage	145.483,25			145.483
2. andere Gewinnrücklagen	4.452.909,24	4.598.392,49		4.052.910
IV. Bilanzgewinn		874.145,00		932.745
			9.403.029,83	9.061.630
<b>B. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN</b>				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	3.943.587,00			3.772.951
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	909.490,00			870.327
		3.034.097,00		2.902.624
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	33.632.265,00			32.935.661
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	9.244.920,00			9.007.201
		24.387.345,00		23.928.460
III. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		3.500.267,00		2.036.161
IV. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen		11.500,00		11.200
			30.933.209,00	28.878.445
<b>C. ANDERE RÜCKSTELLUNGEN</b>				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		1.067.948,00		942.263
II. Steuerrückstellungen		50.000,00		140.362
III. Sonstige Rückstellungen		62.200,00		77.300
			1.180.148,00	1.159.925
<b>D. ANDERE VERBINDLICHKEITEN</b>				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern	682.966,93			901.168
2. Versicherungsvermittlern	0,00			55
		682.966,93		901.223
II. Sonstige Verbindlichkeiten		236.642,34		577.528
davon:				
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen: 57.813,46 EUR (i. V. 384.100 EUR)				
aus Steuern: 164.812,53 EUR (i. V. 181.812 EUR)				
			919.609,27	1.478.751
			<b>42.435.996,10</b>	<b>40.578.751</b>
		<b>SUMME DER PASSIVA</b>		

## GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2012 BIS 31. DEZEMBER 2012

/ Posten

	2012			2011
	EUR	EUR	EUR	EUR
<b>I. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG</b>				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	17.875.087,77			17.410.537
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	<u>5.361.542,33</u>			5.219.609
		12.513.545,44		12.190.928
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	-170.636,00			-322.571
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	<u>39.163,00</u>			74.464
		<u>-131.473,00</u>		-248.107
			12.382.072,44	11.942.821
2. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			13.886,79	7.047
3. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	12.290.221,01			12.324.336
bb) Anteil der Rückversicherer	<u>3.198.861,93</u>			3.168.514
		9.091.359,08		9.155.822
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	696.604,00			1.969.150
bb) Anteil der Rückversicherer	<u>237.719,00</u>			478.606
		<u>458.885,00</u>		1.490.544
			9.550.244,08	10.646.366
4. Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen			-300,00	-2.500
5. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		2.660.588,31		2.530.674
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		<u>1.340.385,59</u>		1.304.903
			1.320.202,72	1.225.771
6. Zwischensumme			1.525.212,43	75.231
7. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen			<u>-1.464.106,00</u>	28.841
8. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			61.106,43	104.072

## GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2012 BIS 31. DEZEMBER 2012

/ Posten

	2012			2011
	EUR	EUR	EUR	EUR
<b>II. NICHTVERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG</b>				
1. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	1.233.519,71			1.348.264
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>3.325,00</u>			0
		1.236.844,71		1.348.264
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	69.511,98			53.860
b) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>0,00</u>			5.550
		<u>69.511,98</u>		59.410
			1.167.332,73	1.288.854
3. Sonstige Erträge		187.670,52		196.292
4. Sonstige Aufwendungen		<u>455.836,10</u>		448.165
			-268.165,58	-251.873
5. Nichtversicherungstechnisches Ergebnis			899.167,15	1.036.981
6. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			960.273,58	1.141.053
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		317.828,92		326.160
8. Sonstige Steuern		<u>1.044,66</u>		1.393
			<u>318.873,58</u>	327.553
9. Jahresüberschuss			641.400,00	813.500
10. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			<u>532.745,00</u>	519.245
			1.174.145,00	1.332.745
11. Einstellungen in Gewinnrücklagen in andere Gewinnrücklagen			<u>300.000,00</u>	<u>400.000</u>
12. Bilanzgewinn			<u>874.145,00</u>	<u>932.745</u>

## / Aufsichtsrat

### Heinz Fenrich

Oberbürgermeister a. D. der Stadt Karlsruhe  
Vorsitzender

### Werner Oeldorf

Bürgermeister a. D. der Gemeinde Hirschberg  
Stellvertretender Vorsitzender  
(bis 25. Mai 2012)

### Jürgen Bäuerle

Landrat des Landkreises Rastatt  
Stellvertretender Vorsitzender  
(seit 25. Mai 2012)

### Wolfgang Gerstner

Oberbürgermeister der Stadt Baden-Baden

### Michael Kessler

Bürgermeister der Gemeinde Heddesheim  
(seit 25. Mai 2012)

### Heinz Ohnmacht

Geschäftsleitender Direktor des Badischen  
Gemeinde-Versicherungs-Verbandes, Karlsruhe

### Ira Sattler

Bürgermeisterin der Gemeinde Jestetten

## / Vorstand

### Roland Fahrner

Direktor

### Thomas Kollöffel

Direktor

## / Aufsicht

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht,  
Bereich Versicherungen, Bonn



## **BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN**

Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen aufgestellt.

Die im amtlichen Formblatt vorgesehenen, aber nicht belegten Positionen werden nicht aufgeführt.

### **AKTIVA**

Die Bewertung der dem Anlagevermögen zugeordneten Anteile am Investmentfonds erfolgte zu Anschaffungskosten vermindert um Abschreibungen gemäß § 341b Abs. 2 HGB i. V. m. § 253 Abs. 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip.

Sind die Gründe für eine ehemals durchgeführte Abschreibung entfallen, wird gemäß § 253 Abs. 5 HGB eine Zuschreibung bis maximal auf den Anschaffungswert vorgenommen.

**Inhaberschuldverschreibungen** sind sowohl dem Anlagevermögen als auch dem Umlaufvermögen zugeordnet. Erstere wurden zu Anschaffungskosten gemäß § 341b Abs. 2 HGB i. V. m. § 253 Abs. 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bilanziert. Letztere werden zu Anschaffungskosten bewertet, gegebenenfalls vermindert um Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip gem. § 341b Abs. 2 HGB i. V. m. § 253 Abs. 4 HGB. Das Wertaufholungsgebot nach § 253 Abs. 5 HGB wird beachtet. Abschreibungen wurden weder bei Inhaberschuldverschreibungen im Anlagevermögen vorgenommen, da dabei nicht von einer dauerhaften Wertminderung auszugehen ist, noch bei Inhaberschuldverschreibungen im Umlaufvermögen, da sich kein niedrigerer Wert am Abschlussstichtag ergibt. Der Zeitwert der Inhaberschuldverschreibungen beträgt 6.676 Tsd. EUR; bei einem Buchwert von 6.562 Tsd. EUR bestehen stille Reserven in Höhe von 136 Tsd. EUR sowie stille Lasten in Höhe von 22 Tsd. EUR.

**Namensschuldverschreibungen und Einlagen bei Kreditinstituten** sind mit dem Nennwert angesetzt. **Schuldscheinforderungen und Darlehen** werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Die Ermittlung der Zeitwerte erfolgt je Papier unter Zugrundelegung von Zinsstrukturkurven (DGZF öffentliche Pfandbriefe), des Euribors für Kurzläufer und der Midswapsätze für Langläufer über 10 Jahre. Das Emittentenrisiko wird nicht berücksichtigt, da im Bestand ausschließlich Papiere von Kreditinstituten gehalten werden, die Mitglied im Einlagensicherungsfonds sind bzw. für die Gewährträgerhaftung besteht. Die **Forderungen an Versicherungsnehmer** sind zum Nennwert bilanziert worden; wegen des allgemeinen Ausfallrisikos wurden Wertberichtigungen in angemessener Höhe abgesetzt.

**Andere Forderungen und laufende Guthaben bei Kreditinstituten** wurden jeweils mit dem Nennwert bzw. mit dem Barwert bilanziert. Die Gegenstände der **Betriebs- und Geschäftsausstattung** wurden mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt.

Die **Rechnungsabgrenzungsposten** sind mit den Nominalwerten angesetzt.

Der Posten **Aktive latente Steuern** gem. § 274 Abs. 1 HGB resultiert aus zeitlich begrenzten Unterschiedsbeträgen zwischen Handels- und Steuerbilanz. Auf die Unterschiedsbeträge wurden Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer gerechnet.

## **PASSIVA**

Die **Beitragsüberträge** wurden im Geschäftsjahr nach der 1/12-Methode auf der Grundlage der Bestandsbeiträge ermittelt. Hierbei wurden die nicht übertragsfähigen Beitragsteile berücksichtigt. Die Anteile des Rückversicherers an den Beitragsüberträgen wurden entsprechend der Abrechnung mit dem Rückversicherer angesetzt.

Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** wurde je Einzelschaden ermittelt. Außerdem wurde für noch nicht bekannte Ereignisse eine Spätschadenrückstellung unter Anwendung des Chain-Ladder-Verfahrens gebildet. Die Schadenregulierungskosten wurden unter Berücksichtigung des koordinierten Ländererlasses vom 2. Februar 1973 errechnet. Regressforderungen wurden - soweit sie aktivierungsfähig sind - von der Rückstellung abgesetzt. Die Anteile des Rückversicherers an den Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurden entsprechend des bestehenden Rückversicherungsvertrags angesetzt.

Die **Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen** wurden entsprechend § 29 RechVersV und der Anlage zu § 29 RechVersV ermittelt.

Die **sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen** enthalten eine Stornorückstellung für Beitragsforderungen, die auf der Grundlage eines entsprechenden mathematischen Modells auf der Basis von Vergangenheitswerten berechnet wurde.

Die **nichtversicherungstechnischen Rückstellungen** wurden in Höhe der zu erwartenden Inanspruchnahme gebildet. Aus den durch das BilMoG geänderten Bewertungsvorschriften für langfristige Rückstellungen resultiert zum einen eine Überdeckung von 1 Tsd. EUR aus der Rückstellung für die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen auf Grund des Wahlrechts des Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB zum 31. Dezember 2012. Zum anderen ergibt sich aus den Steuerrückstellungen und der Rückstellung für Zinsen auf Steuernachzahlungen im Zusammenhang mit Betriebsprüfungsrisiken eine Überdeckung von 2 Tsd. EUR.

Die **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** wurden basierend auf den biometrischen Grundwerten (Wahrscheinlichkeiten für Todes- und Invaliditätsfälle) nach Klaus Heubeck (Richttafeln RT 2005 G) berechnet. Die Bewertung nach BilMoG hat auf Basis realistischer Annahmen zu erfolgen. Künftige Gehaltserhöhungen und künftige Rentenanpassungen sowie Annahmen über Kündigungsraten sind in die Berechnungen gemäß BilMoG einzubeziehen. Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen erfolgte nach dem international anerkannten Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode). Die Abzinsung erfolgte unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB. Folgende Parameter wurden angesetzt:

<b>Pensionsalter</b>	63 Jahre
<b>Gehaltsdynamik</b>	2,20 % p.a.
<b>Rentendynamik</b>	2,00 % p.a.
<b>Zinssatz <sup>1)</sup></b>	5,05 % p.a.
<b>Fluktuation</b>	0,00 % p.a.

<sup>1)</sup> gem. Deutsche Bundesbank vom 30.11.2012

Sämtliche **Verbindlichkeiten** sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt worden.

## ENTWICKLUNG DES AKTIVPOSTENS A IM GESCHÄFTSJAHR 2012

	<i>Bilanzwerte Vorjahr Tsd. EUR</i>
<b>A. KAPITALANLAGEN</b>	
<i>Sonstige Kapitalanlagen</i>	
1. <i>Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</i>	8.999
2. <i>Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</i>	6.041
3. <i>Sonstige Ausleihungen</i>	
<i>a) Namensschuldverschreibungen</i>	4.100
<i>b) Schuldscheinforderungen und Darlehen</i>	9.250
4. <i>Einlagen bei Kreditinstituten</i>	9.445
<b>5. Summe A</b>	<b>37.835</b>

### **Angabe von Zeitwert und Bewertungsreserven der Kapitalanlagen**

	<i>Zeitwerte Geschäftsjahr Tsd. EUR</i>
<b>A. KAPITALANLAGEN</b>	
<i>Sonstige Kapitalanlagen</i>	
1. <i>Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</i>	10.280
2. <i>Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</i>	6.676
3. <i>Sonstige Ausleihungen</i>	
<i>a) Namensschuldverschreibungen</i>	3.179
<i>b) Schuldscheinforderungen und Darlehen</i>	7.215
4. <i>Einlagen bei Kreditinstituten</i>	14.318
<b>5. Summe A</b>	<b>41.668</b>



<i>Zugänge</i>	<i>Umbuchungen</i>	<i>Abgänge</i>	<i>Zuschreibungen</i>	<i>Abschreibungen</i>	<i>Bilanzwerte Geschäftsjahr</i>
<i>Tsd. EUR</i>	<i>Tsd. EUR</i>	<i>Tsd. EUR</i>	<i>Tsd. EUR</i>	<i>Tsd. EUR</i>	<i>Tsd. EUR</i>
149	-	-	-	-	9.148
1.518	-	997	-	-	6.562
-	-	1.025	-	-	3.075
1.500	-	4.000	-	-	6.750
3.795	-	-	-	-	13.240
<b>6.962</b>	<b>-</b>	<b>6.022</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>38.775</b>

<i>Stille Reserven Geschäftsjahr</i>	<i>Stille Lasten Geschäftsjahr</i>	<i>Zeitwerte Vorjahr</i>	<i>Stille Reserven Vorjahr</i>	<i>Stille Lasten Vorjahr</i>
<i>Tsd. EUR</i>	<i>Tsd. EUR</i>	<i>Tsd. EUR</i>	<i>Tsd. EUR</i>	<i>Tsd. EUR</i>
1.132	-	9.556	557	-
136	22	6.149	114	6
104	-	4.265	165	-
465	-	9.753	503	-
1.078	-	9.788	343	-
<b>2.915</b>	<b>22</b>	<b>39.511</b>	<b>1.682</b>	<b>6</b>

## ERLÄUTERUNGEN ZUR JAHRESBILANZ

/ Aktiva

### ANGABE ZU DEN INVESTMENTANTEILEN ISD. § 285 NR. 26 HGB

<i>Art des Fonds</i>	<i>Gemischter Fonds 2012 EUR</i>	<i>Gemischter Fonds 2011 EUR</i>
<i>Buchwert 31.12.</i>	9.148.028	8.999.081
<i>Marktwert 31.12.</i>	10.279.588	9.556.138
<i>Bewertungsreserve 31.12.</i>	1.131.560	557.057
<i>Ausschüttung GJ</i>	200.897	188.611
<i>Tägliche Rückgabe möglich</i>	Ja	Ja
<i>Unterlassene Abschreibung</i>	Nein	Nein

### SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

	<i>2012 EUR</i>	<i>2011 EUR</i>
<b>I. SACHANLAGEN UND VORRÄTE</b>		
<i>Betriebs- und Geschäftsausstattung</i>		
<i>Anfangsbestand</i>	3.288	3.452
<i>+ Zugänge/Umbuchungen</i>	320	480
<i>- Abgänge/Umbuchungen</i>	-	-
<i>- Abschreibungen</i>	708	644
<i>Endbestand</i>	<u>2.900</u>	<u>3.288</u>
<b>II. LAUFENDE GUTHABEN BEI KREDITINSTITUTEN, SCHECKS UND KASSENBESTAND</b>		
<i>Laufende Guthaben bei Kreditinstituten</i>	<u>1.262.433</u>	<u>385.926</u>

### AKTIVE LATENTE STEUERN

Die latenten Steuern beruhen auf Abweichungen von Handelsbilanz und Steuerbilanz bei den Positionen Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle sowie Andere Rückstellungen.

Die Bewertung erfolgte mit einem Steuersatz von 30,2 %.

Der aktivierte Betrag in Höhe von 934.150,73 EUR unterliegt einer Ausschüttungssperre im Rahmen der Gewinnausschüttung an den Gesellschafter.

## / Passiva

### **EIGENKAPITAL**

#### **I. Eingefordertes Kapital**

##### Gezeichnetes Kapital

Zum 31. Dezember 2012 beträgt das Gezeichnete Kapital 3.500.000 EUR und ist in 400 auf den Namen lautende Stückaktien eingeteilt.

Der Badische Gemeinde-Versicherungs-Verband, Karlsruhe, als Alleinaktionär, hat gemäß § 20 AktG am 16. Dezember 1996 mitgeteilt, dass er 100 % der Aktien besitzt.

#### **II. Kapitalrücklage**

Der Bilanzwert hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert; er beträgt zum 31. Dezember 2012 430.492,34 EUR.

Von dem Bilanzbetrag entfallen 225.975,59 EUR auf die Rücklage gemäß § 5 Abs. 5 Nr. 3 VAG (Organisationsfonds).

#### **III. Gewinnrücklagen**

Durch den Beschluss der Hauptversammlung im Geschäftsjahr 2012 wurden aus dem Bilanzgewinn 2011 zusätzlich 100.000 EUR in die andere Gewinnrücklagen eingestellt.

Weiterhin wurden im Berichtsjahr aus dem Jahresüberschuss 300.000 EUR in andere Gewinnrücklagen eingestellt, die somit insgesamt 4.452.909,24 EUR betragen.

#### **IV. Bilanzgewinn**

Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr in Höhe von 532.745 EUR sowie der Einstellung in Gewinnrücklagen in Höhe von 300.000 EUR beträgt der Bilanzgewinn 874.145 EUR.

### VERSICHERUNGSTECHNISCHE BRUTTORÜCKSTELLUNGEN SELBST ABGESCHLOSSENES VERSICHERUNGSGESCHÄFT

	2012 EUR	2011 EUR
<b>INSGESAMT</b>	41.087.619	38.755.973
davon		
<b>II. BRUTTORÜCKSTELLUNGEN FÜR NOCH NICHT ABGEWICKELTE VERSICHERUNGSFÄLLE</b>	33.632.265	32.935.661
<b>III. SCHWANKUNGSRÜCKSTELLUNG UND ÄHNLICHE RÜCKSTELLUNGEN</b>	3.500.267	2.036.161

### ANDERE RÜCKSTELLUNGEN

	2012 EUR	2011 EUR
<b>III. SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN</b>		
Prüfungs- und Steuerberatungskosten	29.000	45.700
Verwaltungskosten	30.100	28.800
Sonstige	<u>3.100</u>	<u>2.800</u>
	<u>62.200</u>	<u>77.300</u>

### ANDERE VERBINDLICHKEITEN

	2012 EUR	2011 EUR
<b>II. SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN</b>		
Steuerverbindlichkeiten	164.813	181.812
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus dem Abrechnungsverkehr	57.813	384.099
Sonstiges	<u>14.016</u>	<u>11.617</u>
	<u>236.642</u>	<u>577.528</u>

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren bestanden zum Bilanzstichtag nicht.



## ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

/ Für die Zeit vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012

### VERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG SELBST ABGESCHLOSSENES VERSICHERUNGSGESCHÄFT

	2012 EUR	2011 EUR
a) gebuchte Bruttobeiträge	17.875.088	17.410.537
b) verdiente Bruttobeiträge	17.704.452	17.087.966
c) verdiente Nettobeiträge	12.382.072	11.942.821
d) Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	12.986.825	14.293.486
e) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	2.660.588	2.530.674
f) Rückversicherungssaldo	-545.413	-193.123
g) Versicherungstechnisches Ergebnis f.e.R.	61.106	104.072

	2012 Stück	2011 Stück
Anzahl der Verträge	169.698	165.481

Die Abwicklung der Vorjahresschäden, einschließlich der Spätschäden, ergab im Geschäftsjahr einen Abwicklungsgewinn.

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb untergliedern sich wie folgt:

	2012 EUR	2011 EUR
1. Abschluss von Versicherungsverträgen	1.549.588	1.447.373
2. Verwaltung von Versicherungsverträgen	1.111.000	1.083.301
	<u>2.660.588</u>	<u>2.530.674</u>

### STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG

	2012 EUR	2011 EUR
1. Laufende Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	410.909	632.843
2. Latente Steuererträge	-93.080	-306.683
	<u>317.829</u>	<u>326.160</u>

Der Ertragsteueraufwand belastet ausschliesslich das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

## / Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr 2012 waren keine eigenen Mitarbeiter beschäftigt. Die BGV-Versicherung AG stellt das für den Geschäftsbetrieb notwendige Personal sowie Sachmittel nach Maßgabe eines Vertrages über Zusammenarbeit sowie eines Funktionsausgliederungsvertrages zur Verfügung. Sämtliche Kosten wurden gegen Kostenerstattung nach dem Vollkostenprinzip verrechnet. Geschäfte mit nahestehenden Personen erfolgten zu marktüblichen Konditionen.

Der Badische Gemeinde-Versicherungs-Verband als Alleinaktionär erstellt unter Einbeziehung der Badischen Rechtsschutzversicherung AG einen Konzernabschluss, der im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht wird.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates betragen 17.659 EUR (i. V. 18.223 EUR).

Von einer Angabe der Vorstandsbezüge gemäß § 285 Nr. 9a HGB sowie des Musters 2 RechVersV (Personalaufwendungen) wurde in Anwendung der Ausnahmeregelung gemäß § 286 Abs. 4 HGB abgesehen. Ferner wurde auf die Angabe des Gesamthonorars des Abschlussprüfers in Anwendung der Ausnahmeregelung gemäß § 285 Nr. 17 HGB verzichtet.

Karlsruhe, 8. März 2013

Badische Rechtsschutzversicherung AG

Der Vorstand

Fahrner

Kollöffel

## **BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS**

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Badische Rechtsschutzversicherung Aktiengesellschaft, Karlsruhe, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, 15. April 2013

PricewaterhouseCoopers  
Aktiengesellschaft  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Christofer Hattemer  
Wirtschaftsprüfer

ppa. Jochen Spengler  
Wirtschaftsprüfer



## **BERICHT DES AUFSICHTSRATES**

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2012 die Geschäftsführung überwacht und war in alle Angelegenheiten mit grundlegender Bedeutung für die Gesellschaft unmittelbar eingebunden; sämtliche nach dem Gesetz und den Vorgaben der Satzung zustimmungspflichtigen Maßnahmen wurden dem Aufsichtsrat zur Entscheidung vorgelegt.

In insgesamt drei Sitzungen sowie über die schriftlich erfolgende Quartalsberichterstattung wurde der Aufsichtsrat vom Vorstand regelmäßig und umfassend über die Lage der Gesellschaft und die wesentlichen Geschäftsvorfälle unterrichtet. Die Geschäfts- und Ergebnisentwicklung wurde ausführlich behandelt. Gleichermaßen intensiv hat sich der Aufsichtsrat unter dem Themenkomplex des Risikomanagements über die aktuelle Risikosituation informiert. Daneben wurde die beabsichtigte Geschäftsstrategie sowie die Unternehmensplanung mit dem Vorstand erörtert. Auch die derzeitige Kapitalanlagestrategie wurde eingehend besprochen, um die durch die Wirtschafts- bzw. Staatsschuldenkrise zu erwartenden Folgen auf das Kapitalanlageergebnis bewerten zu können.

Der vom Vorstand vorgelegte Jahresabschluss 2012 und der Lagebericht 2012 sind unter Einbeziehung der Buchführung der Gesellschaft von der PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, geprüft worden. Der Abschlussprüfer hat an der Sitzung des Aufsichtsrates teilgenommen und über das Ergebnis seiner Prüfung berichtet. Der Bericht des Abschlussprüfers lag dem Aufsichtsrat vor; er enthielt den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Der Aufsichtsrat hat auch seinerseits den Jahresabschluss, den Lagebericht des Vorstandes und den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns geprüft. Dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses durch den Abschlussprüfer tritt der Aufsichtsrat bei.

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen und billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss. Dieser ist damit festgestellt.

Der nach § 312 des Aktiengesetzes zu erstellende Bericht des Vorstandes über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen ist vom Aufsichtsrat und vom Abschlussprüfer geprüft worden. Der Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers hat folgenden Wortlaut:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind und
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Aufsichtsrat hat nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung gegen den Bericht des Vorstandes nach § 312 des Aktiengesetzes und den Bericht des Abschlussprüfers hierzu, insbesondere aber zu der Erklärung des Vorstandes am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen, keine Einwendungen zu erheben.

Karlsruhe, 16. Mai 2013

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates

Fenrich  
Oberbürgermeister a.D. der Stadt Karlsruhe

